

Veranstaltungsreihe zum Landesgeburtsstag

80 Jahre öffentlicher Dienst für Nordrhein-Westfalen

Wusstet Ihr, dass Düsseldorf fast Bundeshauptstadt geworden wäre? Oder dass im „Atlantikhaus“, etwa 100 Meter von der heutigen Geschäftsstelle des DBB NRW entfernt, die quasi Ursprungsbehörde der heutigen Europäischen Union ihren Sitz hatte? Anlässlich des 80. Geburtstags unseres Bundeslandes wollen wir im Jubiläumsjahr aus Sicht des öffentlichen Dienstes auf die historische Entwicklung Nordrhein-Westfalens seit seiner Gründung blicken.

Als Kernland inmitten des heute geeinten Europas profitiert unser Land in hohem Maße von den Errungenschaften freien Reisens und Warenverkehrs. Doch bis dahin war es ein weiter und beschwerlicher Weg. Aus Nachkriegstrümmern und Hungerwintern haben die Menschen gemeinsam ein lebenswertes Land geschaffen.

Weitsichtige Politikerinnen und Politiker, aber auch viele junge Menschen erkannten bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit, dass man zukünftige Kriege nur unmöglich macht, wenn alle europäischen Nationen zusammenfinden und gemeinsam die Zukunft auf dem Kontinent gestalten. Und aus heutiger Sicht ist es immer wieder beeindruckend, wie bereits zu Beginn der 1950er-Jahre junge



„Wir freuen uns auf das Jubiläumsjahr!“ – Vorstand mit Plakat und Jubiläumspublikation zum 80. Landesgeburtsstag von Nordrhein-Westfalen.

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Menschen, Studierende aus Deutschland und Frankreich, Grenzposten zwischen beiden Ländern stürmten, dortige Schlagbäume überwand und für ein geeintes Europa in Freiheit demonstrierten.

Seit dieser Zeit hat sich in unserem Land viel getan. Nicht immer ging es dabei reibungslos zu. Ob Flüchtlinge oder Vertriebene, ob Wohnungsnot oder Mangelversorgung. Gerade in der Gründungsphase unseres Landes und der Nachkriegszeit galt es, viele Entbehrungen zu ertragen und Hindernisse zu überwinden. Wir als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben jedoch seit über 80 Jahren unseren

Beitrag zu einer Erfolgsgeschichte geleistet.

80 Jahre öffentlicher Dienst für die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind auch eine Gelegenheit, auf Problemlösungen sowie Erreichtes zurückzublicken und uns vielleicht auch mal innerlich selbst auf die Schulter zu klopfen. Auf jeden Fall ein Grund für uns, im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum 80. Landesgeburtsstag, gemeinsam mit Euch, auf eine Zeitreise zu gehen, um an wesentliche Ereignisse geschichtlicher Relevanz zu erinnern.

Wir freuen uns mit Euch auf eine informative und unterhaltensreiche Veranstaltungsreihe im

Verlauf des Jahres mit der Ausstellung „Unser Land hat Geburtstag“ und einem „Feierabendplausch“ in der Geschäftsstelle sowie einer „Seniorenpolitischen Fachtagung“ am 3. November. Den Höhepunkt bildet Ende September eine Jubiläumsveranstaltung im Plenarsaal des Landtages zu 80 Jahren öffentlicher Dienst für Nordrhein-Westfalen.

Für das Jubiläumsjahr stellt der DBB NRW der organisierten Mitgliedschaft verschiedene Materialien für die Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung. So können bereits DIN-A1-Plakate für Büro oder Dienststelle über die Geschäftsstelle bezogen werden. MM

2 Das Schlachtfeld des kleinen Mannes

Böllerexzesse mit Verletzten und Toten an Silvester



©adobe.com/gitusik

3 Wüst kündigt 1:1-Übertragung für Beamte an

Für einen starken Staat – krisenfest und bürgernah



5 Misstrauensvotum gegen Landesbedienstete

Landesantidiskriminierungsgesetz sorgt für Kontroversen



Böllerexzesse mit Sachschäden, Verletzten und Toten zum Jahreswechsel

Das Schlachtfeld des kleinen Mannes

Alle Jahre wieder! – In Anbetracht der sich jährlich wiederholenden Böllerexzesse am Silvesterabend und in der Neujahrsnacht fordert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion endlich eine konsequente Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten, um die ausufernden Angriffe auf Ordnungs- und Sicherheitskräfte, Feuerwehrleute und Sanitätspersonal sowie Unbeteiligte und Sachwerte stärker zu verfolgen und zu ahnden.

Zu oft und zu lange würde man nach Ansicht des DBB NRW in vielen Metropolen des Landes der vermeintlich „ausgelassenen Stimmung vieler Feiernden“ freien Lauf lassen, ohne dass sie Konsequenzen befürchten müssten. So als wären Schäden an Leib und Leben sowie Sachwerten in der Neujahrsnacht im allgemeinen Lebensrisiko bereits eingepreist. Das vorsätzliche Abfeuern ganzer Feuerwerksbatterien auf Personengruppen und Wohngebäude oder das Zünden illegal importierter „Kugelnbomben“ in Foyers von Altenheimen und Pflegeeinrichtungen sind jedoch kein Kavaliärsdelikt. Der Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Stauder**: „Die Politik betreibt an diesen Tagen mit der höchsten Zahl an Ordnungswidrigkeiten und Verstößen gegen das Sprengstoff- und Waffengesetz traditionell nur ein ‚Management by Helicopter‘ – beobachten, dokumentieren, abheften.“

Angesichts von zwei getöteten Heranwachsenden in Bielefeld, davon einer beim Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion auf einem Kinderspielfeld, fordert Roland Stauder, früherer Ordnungsamtsleiter der Stadt Bielefeld, die Anpassung des gesetzlichen Rechtsrah-

mens an die geänderten gesellschaftlichen Bedingungen: „Wenn der öffentliche Raum an Silvester inzwischen zum ‚Schlachtfeld des kleinen Mannes‘ geworden ist, die verantwortungsvolle Handhabung von Feuerwerk zunehmend aus dem Ruder läuft und die Hemmschwellen gegenüber Dritten permanent sinken, dann muss ein Verbot privaten Feuerwerks kommen und als Alternative ein abschließendes Abbrennen durch die Städte und Gemeinden organisiert werden. Hier könnten auch ähnliche Verfahren wie bei der Genehmigung von Osterfeuern angewandt werden.“

Insgesamt zählte die Polizei in ganz NRW 4 079 Einsätze am Silvesterabend und in der Neujahrsnacht. Außerdem wurden 30 Mal Polizisten und Polizistinnen angegriffen, meistens wurden sie aus einer Gruppe heraus mit Pyrotechnik beschossen. 22 Einsatzkräfte erlitten Verletzungen. Es wurden 1 396 Platzverweise erteilt (+16 Prozent gegenüber dem Vorjahr), 154 Personen in Gewahrsam genommen (–9 Prozent) und sieben Personen vorläufig festgenommen (13 ein Jahr zuvor). Körperverletzungsdelikte wurden in 263 Fällen (–27 Prozent) zur Anzeige gebracht. In 168 Fällen kam es zu gefährlichen Körperverletzungen.

In Bonn war der Einsatzschwerpunkt der Polizei in den Stadtteilen Tannenbusch und Dransdorf. Zusammengerottete Personengruppen behinderten die Arbeit der Feuerwehr erheblich. Fahrzeuge und Einsatzkräfte wurden gezielt mit Feuerwerksraketen beschossen und mit Böllern beworfen. In Duisburg wurden ein Feuerwehrfahrzeug sowie ein Feuerwehrgerätehaus mit Raketen

beschossen. Ein Feuerwehrmann wurde während eines Einsatzes durch einen gezielten Böllermwurf verletzt und erlitt ein Knalltrauma.

In einem Solinger Stadtquartier, in dem bereits vor zwei Jahren randaliert wurde, gab es wieder Versuche, Barrikaden zu errichten. Müllcontainer wurden auf die Straße gezogen und angezündet. Die Feuerwehr konnte diese jedoch schnell ablöschen. In der Innenstadt von Recklinghausen feuerte ein 17-Jähriger eine Feuerwerksbatterie in Richtung eines unbesetzten Streifenwagens ab.

In Dormagen-Hackenbroich eskalierte die Situation bei einer Versammlung von mehreren Hundert Personen. Als die Einsatzkräfte eintrafen, wurden sie mit Pyrotechnik beschossen. In Hagen sprach die Polizei Platzverweise gegen Personen aus, die missbräuchlich Feuerwerkskörper entzündeten. Zudem stellten die Einsatzkräfte mehrere Personen fest, die Schreckschusspistolen abfeuerten. Die Beamten stellten die Waffen sicher.

An der Rheintreppe am Burgplatz waren in Düsseldorf mitten in die Menschenmenge immer wieder Böller und Raketen geworfen worden, obwohl dort ein Böllerverbot gilt. Etwa 500 bis 600 Menschen hatten sich dort versammelt, die Polizei musste immer wieder eingreifen.

In Köln gab es nach der Bilanz der Polizei eine erhöhte Anzahl an Einsätzen. Hier war häufig das illegale Abbrennen von Pyrotechnik die Ursache, aber auch Körperverletzungsdelikte, die meist mit übermäßigem Alkoholkonsum zusammenhängen. Die Polizei habe mehrere Personen in Gewahrsam

genommen und Strafanzeigen wegen Widerstands gegen Polizeibeamte gestellt.

Mehrere größere Brände forderten die Feuerwehren in NRW in der Silvesternacht. In Wuppertal stand der Keller eines Supermarktes auf einer Fläche von rund 450 Quadratmetern in Vollbrand. In Hagen brannten mehrere Dachstühle. Das Feuer habe von einem brennenden Baum zunächst auf ein Haus übergegriffen, von dort hätten die Flammen die Dächer zweier weiterer Objekte eines Gebäudekomplexes in Brand gesetzt. Die Gebäude brannten vollständig aus.

Im Kölner Stadtteil Weiden kam es zum Brand eines Balkons im zehnten Stock eines Hochhauses. Die Flammen schlugen auch auf den Balkon darüber über. Das Feuer konnte zwar schnell gelöscht werden, aber eine der Wohnungen war nicht mehr bewohnbar, wie die Feuerwehr mitteilte. Zeugen hatten beobachtet, dass über dem Gebäude zuvor zahlreiche Feuerwerkskörper gezündet worden waren. Auch aus Herdecke und Dortmund wurden Balkonbrände in Hochhäusern gemeldet.

In mehreren NRW-Städten kam es zu Bränden in Mehrfamilienhäusern, wie etwa in Bottrop oder in Lotte im Kreis Steinfurt. In Wuppertal-Cronenberg brannte eine Wohnung in der siebten Etage komplett aus. Alle 52 Bewohnerinnen und Bewohner mussten das Mehrfamilienhaus verlassen. In Recklinghausen löschte die Feuerwehr einen Brand in einem Einfamilienhaus. In Solingen fingen Holzpaletten neben einem Firmengebäude Feuer.

MM

Ministerpräsident Wüst kündigt 1 : 1-Übertragung für NRW an Für einen starken Staat – krisenfest und bürgernah

Das Congress-Centrum der Koelnmesse ist in diesem Jahr zum letzten Mal Austragungsort der dbb Jahrestagung, die traditionell die Aktivitäten des gewerkschaftlichen Spitzenverbandes im neuen Jahr einleitet. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, begrüßte zu Beginn der Veranstaltung auch den Bundesminister des Innern, **Alexander Dobrindt**.

Im weiteren Verlauf der Tagung setzte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Hendrik Wüst** während seiner Rede auf den starken Schulterschluss zwischen Land und Gewerkschaften. Wüst erneuerte sein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum: „In der Summe gehören ausreichend ausgestattete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beamtinnen und Beamte zu einem krisenfesten, modernen Staat. Ohne sie wird es nicht gehen. Dieser Staat braucht das Berufsbeamtentum.“ Um es zu stärken, werde das Land Nordrhein-Westfalen den angestrebten Tarifabschluss in der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder eins zu eins auf die Besoldung übertragen.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende **Milanie Kreutz** begrüßte zum Beginn der Ver-

anstaltung die Anwesenden und übergab sogleich das Wort an den neuen Kölner Oberbürgermeister **Torsten Burmester**. Im Jubiläumsjahr zum 150. Geburtstag eines seiner Amtsvorgänger zitierte Burmester den 1. Bundeskanzler unserer Republik mit einem Hinweis auf die Gemeinden: „Demokratie wird am besten in den Gemeinden gelehrt. Dort werden die praktische Arbeit und das Ergebnis einer Abstimmung unmittelbar sichtbar. Die Arbeit im Dienst der Gemeinde ist daher die beste Vorstufe für politische demokratische Arbeit.“

Ob bei Stromausfall oder bei Licht – die Leute wollen sehen, dass der Staat funktioniert. Der dbb Bundesvorsitzende **Volker Geyer** richtete klare Worte an die Politik: „Gerade erst mussten Bürgerinnen und Bürger in Berlin am eigenen Leib erfahren, wie anfällig unsere kritische Infrastruktur ist. Das alles ist verheerend für das Vertrauen in den Staat.“ Die Menschen im Land wollen zu Recht in solchen Situationen Sicherheit, Verlässlichkeit, Schnelligkeit und Stabilität.

Und mit Verweis auf die Zustände in den USA verwies Geyer auf die demokratisierende Schutzfunktion des Berufsbeamtentums vor



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, CDU-Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag, Thorsten Schick, Roland Staude

parteipolitischen Einflüssen und die Unabhängigkeit des Öffentlichen Dienstes. Mit Blick auf die laufende Einkommensrunde forderte Geyer die Tariftgemeinschaft deutscher Länder leider erfolglos auf, bei den Verhandlungen am 15. und 16. Januar ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. „Die Politik muss aufhören, von den Beschäftigten immer mehr zu verlangen – aber ihnen immer weniger zu geben. Wer gut auf Krisen vorbereitet sein will, muss sein Personal stärken.“

In Bezug auf die Einlassungen von Volker Geyer, dass wir nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden seien, verwies Bundesinnenminister Alexander Dobrindt in seiner Rede auf die vielen hybriden Angriffe, denen die deutsche Gesellschaft ausgesetzt ist, und



Digitalisierung und Staatsmodernisierung haben hohe Priorität – Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Dr. Karsten Wildberger, und Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW.

formulierte ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum: „Das Beamtentum ist eine tragende Säule von Staat und Demokratie.“ Angesichts der Herausforderungen der Politik, eine verfassungsgemäße Besoldung herzustellen, ist für den Minister der Leistungsgedanke das Grundprinzip der Alimentation. **MM**

Adenauerjahr

Zum 150. Geburtstag Konrad Adenauers

Auch heute gilt: „Wir wählen die Freiheit!“

Am 5. Januar 2026 fand auf dem Waldfriedhof in Rhöndorf die Kranzniederlegung zum 150. Geburtstag von **Konrad Adenauer** statt. Anwesend waren zahlreiche Familienangehörige sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft. Die Rhöndorfer Sankt-

Hubertus-Schützengesellschaft begleitete den Zug zum Grab Konrad Adenauers sowie Vertreter der Bundeswehr und des Katholischen Studentenvereins Arminia aus Bonn.

Die gemeinsame Feierstunde der Stiftung Bundeskanzler-

Adenauer-Haus und der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) im World Conference Center Bonn (WCCB) stand unter dem Eindruck wachsender Unsicherheit in der Welt:

Es hätte also durchaus eine schöne, normale Feierveran-



Astrid Walter-Strietzel und Marcus Michel als Vertreter des DBB NRW auf der abendlichen Festveranstaltung im alten Bundestag zu Bonn.

staltung werden können, wenn sich nicht das allgemeine Unbehagen eingeschlichen hätte, dass die Fundamente der Politik Konrad Adenauers, die zugleich die Fundamente der Bundesrepublik sind, von außen, aber auch von innen ins Wanken gebracht wrden. Die neue Unsicherheit, die sich durch unser Leben zieht, und der Versuch, sich an Konrad Adenauer aufzurichten, war in jedem Redebeitrag zu spüren. Wenn **Stefan Vesper**, Vorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, **Abraham Lehrer**, den Vorsitzenden der Synagogengemeinde Köln, in seiner Auftaktansprache eigens begrüßt, dann tut er dies auch angesichts der Gefährdung jüdischen Lebens in Deutschland, das Konrad Adenauer so entscheidend gefördert hat.

Überhaupt Europa. Auch **Norbert Lammert**, nun Ehrenvorsitzender der KAS (die neue Vorsitzende **Annegret Kramp-Karrenbauer** war auch anwesend), hob auf Adenauers visionäre Vorstellung der „Verinigten Staaten von Europa“ ab. Aber dieser war auch Pragmatiker genug, um zu wissen, dass es dazu Zeit braucht. Lammert betonte, dass Adenauer in fast allen großen Entscheidungen, mit denen er die Standards der deutschen Politik gesetzt hat – keine politische Persönlichkeit in Führungsverantwortung ist seitdem von diesen Standards abgewichen –, sich nicht nach den augenblicklichen Stimmungen gerichtet hat, im Gegenteil hat seine politische Urteilskraft ihn Entscheidungen treffen lassen, die zu ihrer Zeit „umstritten“ waren und sich erst im Nachhinein als richtig erwiesen. Auch wieder so eine Unsicherheit: Man ahnt, dass im heraufziehenden Zeitalter des Populismus solche Entscheidungen nicht mehr möglich sein werden. Adenauer hat an der Freiheit festgehalten, auch wenn dies die Wiedervereinigung verzögert hat – weil der

damalige Preis für sie, Neutralität im Schatten der UdSSR, zu hoch gewesen wäre.

Für Lammert ging mit dem heutigen Tag eine Ära als Vorsitzender der Stiftung zu Ende, er bekam sehr viel Applaus für sein Lebenswerk, das er mit dem Satz umschrieb: „Seinem (Adenauers) Vermächtnis bleiben wir verpflichtet!“

David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, führte die Gedanken zu Europa weiter. Europa weiterentwickeln und hin zu den Vereinigten Staaten von Europa zu bringen, heißt für ihn, die Visionen Adenauers auszuführen. Das bedeutet im Einzelnen, die Zusammenarbeit der Staaten da zu vertiefen, wo es „konkreten Mehrwert“ hat, rückzubauen, wo dies nicht der Fall ist. Es heißt, offen zu sein für neue Mitglieder, vor allem aber, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zustande zu bringen, damit Europa auf eigenen Füßen stehen kann. Man solle transatlantisch bleiben, aber schneller europäisch werden, eine schöne Formel, die aber nach Konkretisierung verlangt. Auch die deutsch-französische Achse wurde beschworen, die leider gerade in Verteidigungsfragen in den letzten Jahren wenig stabil war.

Nathanael Liminski, Landesminister und Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf, behandelte gleich das, was neuerdings „der Elefant im Raum“ genannt wird, also das Problem, an das alle denken, das aber nicht gerne ausgesprochen wird: die insgesamt erratische, aber zunehmend von Europa sich abwendende neue Geopolitik der USA. Für Adenauer war „der Westen“ die entscheidende Formel zur Überwindung der verhängnisvollen Außenpolitik Deutschlands, die in zwei Weltkriege führte. Der Westen ist für viele Beobachter heute wegen der Trumpschen Politik imperialer



Zahlreiche Gäste gedachten dem 1. Bundeskanzler der Bundesrepublik auf dem Friedhof in Rhöndorf.



Der Europaparlamentarier, seit 2017 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) und frühere Ministerpräsident von Niedersachsen, David McAllister.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der spätere EWG-Kommissionspräsident Walter Hallstein bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge, unter anderem zur Bildung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), 1957.

Einflusszonen, zu denen Europa nicht mehr gehört, keine Einheit mehr. Das ist insbesondere für der klassischen Christdemokratie Verbundene ein Schock. Liminski wies darauf hin, dass „der alte Fuchs“ schon wusste, dass die USA eines Tages die Bürde, für die Sicherheit der freien Welt zu sorgen, nicht mehr allein tragen wollen werden. Deswegen drängte er auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die jedoch nicht zustande kam.

Die Schlussworte formulierte **Bettina Adenauer** im Namen

aller Enkel und Urenkel des großen Jubilars und ließ das Publikum Einblick in die Geburtstagsbräuche im Hause Adenauer nehmen.

Dieser Tag war also mehr als eine Gedenkstunde. Es war eine Selbstversicherung europäischer Demokraten, die Geschehnisse des Kontinents ganz im Sinne Adenauers selbst in die Hand zu nehmen, sich zu behaupten gegen die neuen Autokraten in West und Ost sowie seinen Werten treu zu bleiben.

MM

Gesetzesentwurf der Landesregierung Misstrauensvotum gegen Landesbedienstete

Als erstes Flächenland will NRW ein Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild Berlins einführen. Die Opposition im NRW-Landtag und der DBB NRW waren vor einem Generalverdacht und unnötiger Bürokratie. Ein neuer Bericht für den Landtag bestärkt nun die Kritiker des geplanten Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) in ihren Zweifeln. Das Vorhaben von Gleichstellungsministerin **Josefine Paul** gilt als umstritten. Die Grünen-Politikerin will vorgeblich Diskriminierung in staatlichen Einrichtungen stärker bekämpfen. Vor allem die Beweislastumkehr steht dabei im Zentrum der Kritik, aus Sorge, dass sie der Unschuldsvermutung widerspreche. In dem Bericht werden eine überschaubare Anzahl von Diskriminierungsvorfällen genannt.

Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW, sagte dazu gegenüber der Rheinischen Post: „Jeder reale Diskriminierungsfall ist einer zu viel. Aber bei über 300 000 Beschäftigten des Landes bewegen sich Einzelfälle von vorgetragener

Diskriminierung im Promillebereich. Das rechtfertigt keine neue gesetzliche Regulierung. Längst nicht alle behaupteten Fälle bewahrheiten sich auch. Teilweise wird bei Beschwerden sogar gar kein konkretes Diskriminierungsmerkmal vorgetragen oder registriert. In den tatsächlich belegbaren Fällen gibt es auch heute schon praktizierte Beschwerde-, Straf- und Disziplinarverfahren, die ihre Wirksamkeit entfalten. Gefährlich ist die geplante Beweislastumkehr, die der Unschuldsvermutung widerspricht: Reine Indizien für mögliche Diskriminierung zwingen die Gegenpartei darzulegen, dass keine Diskriminierung erfolgt ist. Diese Beweisführung dürfte in der Praxis oft schwerfallen, selbst wenn gar kein vorwerfbares Handeln vorliegt. Landesbeamte haben es nicht verdient, dass ihr Dienstherr ihnen mit so viel Misstrauen begegnet.“

Ähnlich sieht dies auch der DBB NRW und seine Fachgewerkschaften, die ihre Bedenken bereits in Stellungnahmen an das federführende Ministerium



Blick zur Geschäftsstelle des DBB NRW und Rheinturm

© DBB NRW | Marcus Michel

für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration formuliert haben. Angesichts der überschaubaren Anzahl von zudem abgeschlossenen Diskriminierungsfällen gilt das Gesetz als unnötiger Bürokratieaufwuchs. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, sagte gegenüber der Rheinischen Post: „Wir haben für den öffentlichen Dienst bereits funktionierende Gesetze und Strukturen im Disziplinarrecht und Beschwerdewesen, um Ungerechtigkeiten auszugleichen. Das neue Gesetz schafft hier nicht nur Parallelzuständigkeiten und neue Bürokratie, sondern widerspricht auch den vorgeblichen Bemühungen der Landesregierung zum Bürokratieabbau und gefährdet den sozialen Frieden in den Dienststellen.“

Staude weiter: „Ein grundlegender Wesenszug des öffentlichen Dienstes ist sein sachgerechter und objektiver Umgang mit den Petenten und ihren

Anliegen. Der Gesetzesentwurf unterstellt den Beschäftigten im Landesdienst dagegen Parteinahme, Vorurteile und manifestiert zugleich ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber ihrer täglichen Arbeit.“

Bezüglich der Unschuldsvermutung übte auch Staude Kritik an der Beweislastumkehr: „Negative Tatsachen kann man kaum beweisen. Angesichts der normierten Beweislastumkehr lädt das Gesetz zum Missbrauch ein, zum einen durch gezielte Einflussnahme auf die Beschäftigten bei der Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten, zum anderen durch die Schaffung einer verbandsähnlichen Beanstandungsindustrie. Das würde zugleich auch ein unkalkulierbares Risiko für den Landeshaushalt bedeuten.“

Das Gesetz soll nur für Landesbeamte und Landesbeschäftigte gelten, Beschäftigte und Beamte bei den Kreisen und den Kommunen sind davon ausgenommen. **MM**

Geschäftsstelle

Bund der Steuerzahler besucht den DBB NRW

DBB NRW und BdSt NRW im konstruktiven Dialog



Besuch in der Geschäftsstelle: Rik Steinheuer (Vorsitzender BdSt NRW), Roland Staude (Vorsitzender DBB NRW) und Eberhard Kanski (stellvertretender Vorsitzender BdSt NRW).

Gern begrüßte der DBB NRW kürzlich Vertreter vom Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen (BdSt NRW) in seiner Geschäftsstelle. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, empfing gemeinsam mit **Marcus Michel**, Referent Public Affairs, den Vorsitzenden des BdSt NRW, **Rik Steinheuer**, den stellvertretenden Vorsitzenden **Eberhard Kanski**

sowie Haushaltsreferenten **Philipp Sprengel**.

In dem ausgesprochen konstruktiven Gespräch behandelten die Gesprächspartner eine Vielzahl von Themen. Roland Staude berichtete über die aktuell wieder aufkommende Diskussion um eine Besoldungsstrukturreform in NRW, da das seit dem letzten Jahr

geltende fiktive Partnereinkommen, im Hinblick auf Einlassung verschiedener Sachverständiger im Landtag und einem aktuellen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, vermutlich nicht rechtssicher sein dürfte. Mit Blick auf den Pensionsfonds

waren sich die Gesprächspartner einig, dass für Nordrhein-Westfalen ein Entnahmegesetz benötigt wird und nicht nach Kassenlage des Landeshaushaltes aus dem Fonds entnommen werden darf. Darüber hinaus ging es auch um die Moderni-

sierung des öffentlichen Dienstes und weitere aktuelle Vorhaben der Landespolitik, welche von den beiden Verbänden kritisch begleitet werden.

Der DBB NRW bedankt sich bei den Kollegen des BdSt

NRW für den freundlichen Austausch und freut sich darauf, im nächsten Jahr für eine Fortsetzung des konstruktiven Dialogs den BdSt NRW in seiner Geschäftsstelle zu besuchen.

MM

Einkommensrunde

Demo vor dem Justizministerium

Wir verlieren Menschen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten!

Auch in Düsseldorf haben über 200 Beschäftigte der Justizbehörden der Landeshauptstadt ihren Forderungen in der Einkommensrunde Nachdruck verliehen. „Ohne konkurrenzfähige Bezahlung verlieren wir die Menschen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten. Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus. Sie sind elementare Voraussetzung für funktionierende Schulen, Kliniken und Justizverwaltungen. Hier steht die Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der Ver-

antwortung. Öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nicht mit Beschäftigten am Limit, sondern nur mit Respekt und guter Entlohnung“, sagte **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW, am 9. Dezember 2025 in Düsseldorf.

„Wer Recht und Gesetz in diesem Land stärken will, muss diejenigen stärken, die sie tagtäglich in den Gerichten und Gefängnissen vom Theoretischen ins Praktische holen. Dafür braucht es Wertschätzung



Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, und Klaus Plattes, Vorsitzender der DJG NRW, auf der Demo vor dem Justizministerium.

und Wertschätzung zeigt sich nicht in Worten, sondern in fairen Einkommen“, sagte

Klaus Plattes, Landesvorsitzender der Deutschen Justizgewerkschaft NRW (DJG). MM

Mahnwache der Lehrgewerkschaften

Jetzt schlägt's 13!

Im Rahmen der Einkommensrunde 2025/2026 trafen sich Aktive der Lehrgewerkschaften des DBB NRW vor dem NRW-Finanzministerium und auf der Landtagswiese zu Mahnwachen.

Unter dem Motto „Jetzt schlägt's 13!“ protestierten die etwa 150 teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer gegen die Geringschätzung ihrer täglichen Arbeit durch die Landesregierung nach der Nichtvorlage eines Angebotes der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und machten auf die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände als Tarifpartner der TdL aufmerksam: 7 Prozent, mindestens 300 Euro mehr in der Tasche. MM



SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Ott im Gespräch mit den Demonstrationsteilnehmern.



Mahnwache der Lehrgewerkschaften vor dem Landtag.



Teilnehmende der Mahnwache vor dem NRW-Finanzministerium.

Über die Bedeutung funktionsfähiger Infrastruktur

A45-Talbrücke Rahmede setzt bundesweites Signal

Nach rund 26 Monaten wurde das erste Teilbauwerk der neuen A45-Talbrücke Rahmede wieder für den Verkehr freigegeben – deutlich früher als ursprünglich geplant. Damit funktioniert eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Südwestfalen wieder und bringt spürbare Entlastung. An der feierlichen Verkehrsfreigabe am Montag, 22. Dezember 2025, nahmen unter anderem Bundeskanzler **Friedrich Merz**, der Bundesminister für Verkehr, **Patrick Schnieder**, Ministerpräsident **Hendrik Wüst**, die stellvertretende Ministerpräsidentin **Mona Neubaur** und Verkehrsminister **Oliver Krischer** teil.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „In Rekordgeschwindigkeit ist es gelungen, die wichtigste Verkehrsader in der Region Südwestfalen wieder für den Verkehr freizugeben. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Menschen und die Wirtschaft vor Ort. Südwestfalen ist als leistungsstarke Wirtschafts- und Technologieregion ein bedeutendes Kraftzentrum unseres Landes. Gerade deshalb ist die schnelle Fertigstellung der Brücke von so großer Bedeutung für die Menschen, die Unternehmen und Arbeitnehmer in der Region. Jeder Tag, an dem die Brücke früher fertiggestellt wurde und die A45 wieder durchgängig befahrbar ist, ist ein großer Gewinn für Südwestfalen und ein wichtiges Signal für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und der gesamten Region. Das bedeutet auch für den überregionalen

Verkehr eine spürbare Entlastung. Mein Dank gilt allen Beteiligten, die die Fertigstellung in so kurzer Zeit möglich gemacht haben. Die vorzeitige Fertigstellung macht deutlich, dass wir weiterhin in der Lage sind, komplexe Infrastrukturprojekte in kürzester Zeit erfolgreich umzusetzen. Das muss wieder unser Standard werden. Unser Staat funktioniert besser, wenn alle Verantwortlichen fokussiert und lösungsorientiert zusammenarbeiten. Der neue Maßstab für die Umsetzungsgeschwindigkeit in Deutschland heißt Rahmede.“

Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Mit der Freigabe der Rahmedetalbrücke endet für Südwestfalen eine lange Phase voller Umwege und Einschränkungen – die A45 ist früher als geplant wieder durchgehend nutzbar. Das bringt spürbare Entlastung für Pendlerinnen und Pendler, Wirtschaft und Logistik. Der schnelle Wiederaufbau ist ein gelungenes Beispiel für ein konsequentes ‚Keep it simple‘: Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, können selbst komplexe Infrastrukturprojekte mit hohem Tempo und großem Erfolg umgesetzt werden – das sollte künftig die Regel sein. Für die industrielle Kernregion Südwestfalen bedeutet die geöffnete Brücke wichtige Stabilität, wofür allen Beteiligten großer Dank gilt.“

Die Landesregierung startete vor zwei Jahren eine



Das Band ist durchschnitten – die Strecke wieder frei. Eine wichtige Entlastung für Pendler, Spediteure und die Menschen an den früheren Umleitungsstrecken.



Hoher Besuch – Mitglieder der Bundes- und Landesregierung besuchen Beschäftigte in der lokalen Autobahnmeisterei.

Sanierungsinitiative und treibt seitdem den Brückenbau durch gezielte Beschleunigungsmaßnahmen voran. Innerhalb von zehn Jahren werden mindestens 400 Brücken an Bundes- und Landesstraßen erneuert. Modulare Bauweisen, gebündelte Vergaben und neue Verfahren werden eingesetzt, um Planungs- und Bauzeiten zu verkürzen. Inzwischen sind in Nordrhein-Westfalen 24 Brückenneubauten mit funktionaler Ausschreibung vergeben und 28 Brücken mit innovativen Schnellbauweisen erneuert worden.

Um die Region zu entlasten, die während der Sperrung der Rahmedetalbrücke unter den Ausweichverkehren stark belastet wurde, legte das Land das Sonderprogramm „Straßeninfrastruktur Südwestfalen“ auf. Es ist im Dialog mit den relevan-

ten Akteuren der Region, den Kommunen sowie der regionalen Wirtschaft entstanden. So konnten konkrete Sanierungsbedarfe festgelegt werden, die genau auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sind. Allein für die Umsetzung der Bauvorhaben auf Landesstraßen stellt das Land in den kommenden zehn Jahren rund 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Die alte Rahmedetalbrücke war im Dezember 2021 wegen gravierender baulicher Mängel gesperrt worden und wurde im Frühjahr 2023 gesprengt. Der Neubau begann im Oktober 2023. Die A45-Talbrücke zählt zu den wichtigsten Verkehrsverbindungen in Südwestfalen und ist von zentraler Bedeutung für Pendlerinnen und Pendler, die regionale Wirtschaft sowie den überregionalen Verkehr.

MM

NRW-Ministerpräsident lobt die Sanierungsinitiative der Landesregierung für die Verkehrsinfrastruktur in NRW.



Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch, Rainer Hengst

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 48, gültig ab 1.1.2026. Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Warnstreiks der DSTG-Mitglieder

1 200 x Rheinlandpower – WIR sind viele. WIR sind laut. WIR sind sauer!

In der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifrunde TV-L 2025/2026 am 15. und 16. Januar 2026 in Potsdam haben die Arbeitgeber der Länder erneut kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Stattdessen wurde lediglich skizziert, was aus ihrer Sicht „denkbar“ sei: Entgeltsteigerungen nur knapp über der Inflationsrate, Nullmonate im Jahr 2025, eine Laufzeit von 29 Monaten und deutliche Abstriche bei Zulagen, strukturellen Verbesserungen und bei der Attraktivität für Nachwuchskräfte.

Damit würden die Beschäftigten der Länder klar hinter dem Abschluss für Bund und Kommunen (TVöD 2025) zurückfallen. Genau das hat die Verhandlungskommission des dbb unmissverständlich als inakzeptabel zurückgewiesen. Die TdL hat die zweite Runde faktisch ungenutzt verstreichen lassen und keinerlei ernsthafte Bereitschaft gezeigt, die drän-

genden Probleme des öffentlichen Dienstes anzugehen: Personalnot, steigende Arbeitsbelastung und massive Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist dieses Vorgehen eine Frechheit, ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung und ein Schlag ins Gesicht all der Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich dafür sorgen, dass der Laden trotz Unterbesetzung läuft. Wer so verhandelt, riskiert bewusst eine Eskalation –

und trägt die Verantwortung dafür. Als Reaktion auf diese Blockadehaltung hat der dbb die Warnstreikfreigabe erteilt. Der DSTG-Bezirksverband Rheinland hat daraufhin für den 20. Januar 2026 die tarifbeschäftigten Mitglieder zum Arbeitskampf aufgerufen – mit deutlicher Resonanz.

Bereits um 0 Uhr legten am 20. Januar 2026 die Revisoren in der Spielbank Monheim die Arbeit nieder. Der Spielbetrieb musste eingestellt werden. Um 8 Uhr folgte die Spielbank Aachen. Auch hier blieb der

Betrieb vollständig geschlossen. Parallel dazu fanden am 20. Januar 2026 Kundgebungen in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen und Köln statt – bewusst in der Mittagspause, sichtbar, laut und entschlossen. Insgesamt 1 200 Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte folgten dem Aufruf der DSTG Rheinland. Die Beteiligung zeigt eindrucksvoll: Der Frust sitzt tief, die Bereitschaft zum Protest ist groß, der Zusammenhalt stimmt. Das Video dokumentiert diese Rheinlandpower eindrucksvoll!

RH



© DSTG Rheinland